

GdP-Bundesfrauenverband

Newsletter 6/Dezember 2007

Emanzipation – auch eine Frage der Steuerklasse?

Derzeit nutzt die Mehrheit aller steuerpflichtigen Ehepaare die Möglichkeit unterschiedlicher Lohnsteuerklassen: Meist wird der (besser verdienende) Ehemann in der Steuerklasse III, die Ehefrau in der Steuerklasse V geführt. Konsequenz: Der Ehepartner mit der Steuerklasse III erhält alle auf die Ehe bezogenen Entlastungen (u. a. doppelter Grundfreibetrag, doppelte Vorsorgepauschale) und damit alle Vorteile des Ehegattensplittings zugeschrieben. Für die Veranlagung in der Steuerklasse V bleiben keine Entlastungen mehr übrig, dieses Einkommen wird im Verhältnis „höher“ besteuert.

Wegen dieser Wirkung, durch die mehrheitlich Frauen benachteiligt werden, steht die Steuerklassenkombination III/V schon lange in der Kritik, denn die Frauen mit der Steuerklasse V zahlen im Verhältnis zum Gesamteinkommen überproportional hohe Steuern, ihr Netto-Einkommen fällt geringer aus. Dies ist nicht nur ungerecht, sondern stellt eine starke Hemmschwelle für die Arbeitsaufnahme von Frauen dar. Diese Regelung ist auch wirtschaftlich nicht sinnvoll: Denn der auf der Grundlage der Lohnsteuerklasse V ermittelte Nettolohn ist maßgebliche Bemessungsgrundlage für das Arbeitslosen-, Kranken-, Mutterschafts- und Elterngeld. Diese Transferleistungen fallen dann entsprechend niedriger aus.

Im Rahmen des Jahressteuergesetzes 2008, mit dem aktuelle Änderungen ins Einkommenssteuerrecht eingebaut werden, war daher die Einführung eines neuen Verfahrens vorgesehen, mit der die abzuführende Lohnsteuerlast anteils-

mäßig (also gerechter) auf die Ehepartner verteilt werden sollte: Jeder Ehepartner zahlt dann den Anteil an Lohnsteuer, der seinem Anteil am gemeinsamen Arbeitseinkommen entspricht. Wer z. B. 30 % des gemeinsamen Arbeitseinkommens erzielt, soll auch nur 30 % der gemeinsamen Lohnsteuer abführen. Mit diesem Verfahren bleibt dem weniger verdienenden Partner mehr von seinem Lohn/Entgelt übrig. Der bisher netto besser verdienende Partner erhält dagegen ein geringeres Nettoeinkommen.

Dieses Vorhaben ist allerdings zunächst gescheitert und auf das Jahr 2009 verschoben worden – denn die Kritik von Frauenverbänden und Gewerkschaften war zu groß. Die leistungsgerechtere Steuerbelastung von Arbeitnehmerehewfrauen sollte nämlich auf freiwilliger Basis eingeführt werden und beinhaltete ein datenschutzrechtliches Problem, weil der Arbeitgeber durch das Verfahren Kenntnisse über das Einkommen des nicht bei ihm beschäftigten Ehepartners erhalten hätte.

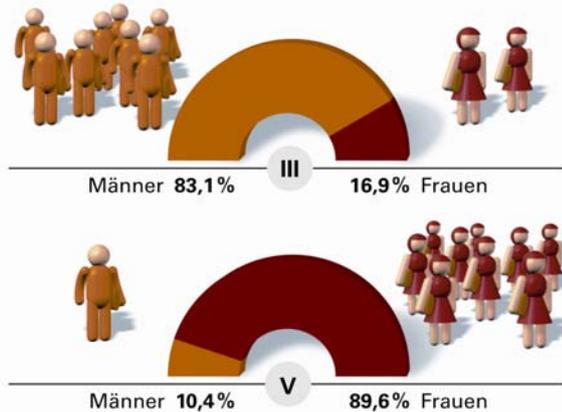
Nun wird die Suche fortgesetzt - nach ei-

Themen:

- Emanzipation und Steuerklasse – ein Kommentar zum Anteilsverfahren
- Frauenparkplätze noch zeitgemäß?
- 20 Jahre Frauen in der Schutzpolizei
- Zahlen, Daten, Fakten
- GdP-Frauen vor Ort/Aus der Bundesfrauengruppe
- Zur Person
- Literaturtipp
- Termine/Veranstaltungen

Steuern stützen überkommene Geschlechterrollen

Ihr Einkommen versteuerten 2001 nach Lohnsteuerklasse*...



So viel Lohnsteuer zahlen Eheleute im Jahr

Besteuerung der Anteile des Haushaltseinkommens** (in Euro)

Ehepartner:	A	B	A	B	A	B
eheliches Einkommen	Steuerklasse III	Steuerklasse V	Steuerklasse IV	Steuerklasse IV	geplantes Anteilsverfahren	
A 14.000 B 6.000	0	762	509	0	0	0
A 21.000 B 9.000	72	1.212	2.302	0	1.000	428
A 35.000 B 15.000	2.952	3.400	6.313	714	4.705	2.017
A 70.000 B 30.000	12.990	9.102	19.716	4.783	16.225	6.953

* Bei Besteuerung der Einkommen von Ehepartnern nach den Steuerklassen III und V werden fast alle Freibeträge dem größeren Einkommen gewährt
 **Die Modellrechnung legt eine Aufteilung der Einkommensanteile von 70:30 zugrunde
 Quelle: Bundesministerium der Finanzen 2006, 2007 | © Hans-Böckler-Stiftung 2007

Quelle: Böcker impuls 16/2007

dem alternativen Lohnsteuereinzugsverfahren, welches eine leistungsgerechte Besteuerung der Einkommen ermöglicht, datenschutzrechtlich aber unumstritten ist. Perspektivisch müsste allerdings, gleichgültig welches Verfahren bei der Besteuerung von Ehepaaren angewendet wird, das Ehegattensplitting geändert werden, weil dieses die Einverdieneren mit hohen Einkünften steuerlich überproportional besser stellt.

zur DGB-Stellungnahme zum Jahressteuergesetz

http://www.dgb.de/themen/themen_a_z/abisz_do/ks/j/jahressteuergesetz2008.pdf/view?showdesc=1

zur Stellungnahme des Deutschen Juris-

tinnenbundes zur Einführung des Anteilsverfahrens

<http://www.djb.de/Kommissionen/kommission-recht-der-sozialen-sicherung-familienlastenausgleich/st-07-22/>

zum Gutachten „Neuorientierung der Ehebesteuerung: Ehegattensplitting und Lohnsteuerverfahren“

(Hans-Böckler-Stiftung)

http://www.boeckler.de/cps/rde/xchg/SID-3D0AB75D-17980149/hbs/hs.xsl/show_project_fofoe.html?projectfile=S-2004-680-4.xml

Zur Diskussion

Frauenparkplätze noch zeitgemäß? Oder: Warum Männer auf Frauenparkplätze „stehen“!

In jedem Parkhaus sind sie Mangelware, in jedem Einkaufszentrum heiß begehrt: Frauenparkplätze, die gut ausgeleuchtet sind und immer direkt am Eingang liegen.

Wenn ich als Frau (!) wirklich einmal das große Glück habe, dass genau in diesem Moment, in dem ich einfahre, so ein begehrtes Objekt frei wird, sehe ich leider ausnahmslos Männer davonfahren oder der Fahrer vor mir war schneller. Darauf

Fortsetzung S. 3



Bildnachweis: Mit freundlicher Genehmigung von Martin Perscheid



angesprochen sind die Herren nie um eine Ausrede verlegen:

- ▶ Ich fahre das Auto meiner Frau ... – Klasse, die haben sogar zwei!
- ▶ Ich habe meine Frau zum Arzt gefahren ... – aber vergessen, sie abzuholen?
- ▶ Meine Frau holt das Auto ab ... – Toll, anreisen darf sie mit den Öffentlichen?
- ▶ Ich habe schwer zu tragen ... – an dir selber oder am Wocheneinkauf?
- ▶ Emanzipierte Frauen können auch laufen! – Die Krönung!

Sollen wir Frauen uns weiter mit uneinsichtigen Männern um die Frauenparkplätze streiten oder verzichten wir auf das Vorrecht der Frauenparkplätze zu Gunsten von Parkplätzen für „Frau/Mann mit Kind“ und RollstuhlfahrerInnen?

Elke Oswald, Frauengruppe Hessen

nähere Informationen zu Frauenparkplätzen unter

<http://de.wikipedia.org/wiki/Frauenparkplatz>

20 Jahre Frauen in der Schutzpolizei Baden-Württemberg – Sind wir in der Normalität angekommen?

Mit den ersten 60 Schutzpolizistinnen, die 1987 bei der Bereitschaftspolizei eingestellt wurden, traten in Baden-Württemberg die ersten Frauen in Uniform ihren Dienst bei der Polizei an. Ihre Ausbildung absolvierten sie in den Bereitschaftspolizeiabteilungen Lahr und Biberach.

Der damalige GdP-Landesvorsitzende Heinrich Meyer begrüßte ausdrücklich die Einstellung von Frauen bei der Schutzpolizei – damit wurde eine bereits sieben Jahre zuvor aufgestellte Forderung der GdP endlich erfüllt, der sich das Innenministerium Baden-Württemberg lange verweigert hatte, obwohl es in anderen Bundesländern bereits positive Erfahrungen mit Frauen in der Schutzpolizei gab. Ob der Mangel an Bewerbern oder höhere Einsicht zu diesem Sinneswandel führten,

soll hier nicht hinterfragt werden.

Schon seit 1970 gibt es Frauen im baden-württembergischen Polizeivollzugsdienst: 119 Kriminalbeamtinnen bewältigten damals hervorragend ihren Dienst. Inzwischen ist die Zahl der Frauen in der Polizei auf insgesamt 3529 angewachsen, was einem Anteil von 13,8 % entspricht. Davon befinden sich 2890 Frauen bei der Schutzpolizei und 639 Kolleginnen bei der Kriminalpolizei. 2007 wurden sogar 40 % Frauen bei der Bereitschaftspolizei eingestellt.



PK'in Nicole Minge, stv. Vorsitzende Landesfrauenvorstand Baden-Württemberg

In den größeren Städten in Baden-Württemberg ist es mittlerweile normal, dass Frauen und Männer als gemischte Streifen Dienst tun und auch sonst ist bei der täglichen Arbeit Normalität eingekehrt. Die Frage der ausreichenden Umkleide- und Sanitärräume ist inzwischen weitestgehend gelöst. Und mussten die Kolleginnen sich anfänglich mit überwiegend für Männer konzipierten Bekleidungsstücken zufrieden geben, so ist die Dienstkleidung für Polizeibeamtinnen fortlaufend verbessert worden.

Die Frage, ob das Geschlecht noch eine Frage bei der polizeilichen Arbeit spielt, beantwortete Frau Professorin Dr. Waltraud Müller-Franke, Fachhochschule Villingen-Schwenningen - Hochschule für Polizei, in einem Aufsatz für die Deutsche Polizei 2006 wie folgt:

“Frauen sind in der Polizei formal gleichgestellt, integriert und in zunehmender Anzahl vertreten. Bei der Frage ob Frauen für den Polizeiberuf geeignet sind, ergibt sich ein ambivalentes Bild. Es gibt Wahrnehmungen, die dem Polizeiberuf immer noch die Attribute Härte, Stärke, Rationalität zuschreiben - in solcher Sicht wird die Frau als Polizistin eher skeptisch gesehen. Es werden aber genauso Situationen beschrieben, in denen Frauen und Männer selbstverständlich gleich ausgebildet, gleichwertig ihren Dienst tun, d. h. es ist nichts Besonderes, dass Frauen bei der Polizei arbeiten. Auffällig ist, dass einerseits die polizeiliche Arbeit unabhängig vom Geschlecht gesehen und erledigt wird, aber andererseits das Geschlecht zum Dreh- und Angelpunkt wird, wenn die Frau versagt oder aus familiären Gründen ausfällt.“



Beim G8-Gipfel

In der Diskussion um die Gleichbehandlung von Frauen im Polizeivollzugsdienst überwiegen weiterhin vielfach Argumente die gegen Frauen sprechen. So werden Ausfallzeiten wegen Mutterschutz und Elternzeit immer noch als reine Frauenprobleme angesehen und diesen auch angelastet. Dass auch Männer Elternzeit nehmen könnten, steht in der Polizei bei der Betrachtung der Vereinbarkeitsproblematik nicht zur Diskussion. Während die Entscheidung für eine Familie mit Kindern bei Männern positiv bewertet wird, werden bei Frauen damit nur Nachteile, wie

höhere Ausfallzeiten, Anspruch auf Teilzeitarbeit und Tagesdienst verbunden.

Eine Frau mit Kindern könne sich nicht mehr voll auf den Dienst konzentrieren, sei auch nicht mehr voll einsetzbar – solche Behauptungen haben oft auch Auswirkungen auf Beurteilungen und Beförderungen der Frauen.

Noch immer gilt für Frauen im Polizeivollzugsdienst ein anderer Maßstab als für Männern. Wenn sich dies nicht ändert, werden Frauen in Führungspositionen der Polizei immer eine Minderheit bleiben und es doppelt schwer haben. In Baden-Württemberg wird derzeit keine Polizeidirektion von einer Frau geleitet. Einzig das Polizeipräsidium Karlsruhe hat eine Präsidentin an seiner Spitze – doch sie musste als Juristin nicht die Mühen der Polizei durchlaufen.

Trotzdem nimmt die Zahl der Frauen im höheren Polizeivollzugsdienst in Baden-Württemberg Jahr für Jahr zu und damit auch die Anzahl der Revier- und Inspektionsleiterinnen. Diese Frauen bereiten den Weg für die nächsten Generationen. Sie sorgen dafür, dass Frauen in der Polizei mit und ohne Uniform zur Normalität gehören und nicht das Geschlecht, sondern die persönliche Leistung beurteilt wird.

Frauen in der Schutzpolizei sind nach 20 Jahren auf einem guten Weg, Seite an Seite mit ihren männlichen Kollegen Dienst zu tun, ohne dass ihr Geschlecht dabei eine Rolle spielt. Bei den Themen Beurteilungsgerechtigkeit, Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie der Übernahme von Führungsfunktionen gibt es aber noch Defizite, die in den nächsten Jahren dringend behoben werden müssen.

20 Jahre Frauen bei der Schutzpolizei in Rheinland-Pfalz

Am 01. September 1987 wurden bei der 2. Bereitschaftspolizeiabteilung in Wittlich-Wengerohr 150 Polizeianwärter einge-



stellt, ausgewählt aus 2700 Bewerbungen. Unter den Neueingestellten waren erstmals 30 Frauen, die die Ausbildung zur Schutzpolizistin absolvieren wollten - der Beginn eines neuen Zeitalters!



Bekleidung Juli 1989

Das Innenministerium beabsichtigte die volle Integration von Frauen in die Polizei. Dies sollte eine wichtige Zwischenstation auf dem Weg zur vollen Gleichberechtigung im Berufsleben sein. Innenminister Böckmann erklärte, dass für die Frauen die gleichen Regelungen gelten wie für Männer: gleiche Ausbildung, gleiche Dienstbezüge, gleiche Verwendung, gleiche Aufstiegschancen. Dennoch trafen die Frauen der ersten Stunde auf viele Vorurteile: sie seien weniger belastbar, gesundheitlich anfälliger und nur eingeschränkt verwendungsfähig.

Heute gehören Frauen zwar selbstverständlich zum Alltagsbild der Polizei. Die völlige Gleichberechtigung ist jedoch immer noch nicht erreicht. Nur wenige Frauen sind bisher auf Führungspositionen vorgedrungen. Wenig anerkannt sind auch Frauen, die aus familiären Gründen teilzeitbeschäftigt sind.

Unter den 167 Angehörigen des SEK gibt es nur eine Frau, unter den 46 MEK-Angehörigen nur 6. Bei der Schutzpolizei liegt der Frauenanteil bei 15,32 %, davon sind nur drei Frauen im höheren Dienst, dafür 659 im gehobenen und 442 im mittleren Dienst. Bei der Kripo finden sich fünf Kolleginnen im höheren Dienst, 221 im gehobenen und 15 im mittleren Dienst. Insgesamt liegt der Frauenanteil in der rheinland-pfälzischen Polizei bei rund 14 %.

Sabine Schöneberger, PP Kaiserslautern



Vor zehn Jahren

**1997 –
Vergewaltigung in
der Ehe wird unter
Strafe gestellt**

Frauenerwerbsquote in Deutschland auf Lissabon-Niveau

Die im Jahr 2000 vom Europäischen Rat beschlossene Lissabon-Strategie hat zum Ziel, die EU bis 2010 zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt zu machen. Hierzu gehört auch die Verpflichtung, die Erwerbstätigkeitsquote von Frauen in Europa bis 2010 auf 60 Prozent zu erhöhen. Deutschland habe dieses Ziel bereits im vergangenen Jahr erreicht. „Gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern am Erwerbsleben ist die Voraussetzung dafür, dass wir die wirtschaftlichen Ziele der Lissabon-Strategie erreichen und die Zukunftsfähigkeit der sozialen Sicherungssysteme erhalten können“, betonte der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Dr. Hermann Kues Anfang Oktober. Mehr unter <http://www.bmfsfj.de/bmfsfj/generator/Politikbereiche/gleichstellung.did=103240.html>

Milieu-Studie zur Akzeptanz von Gleichstellungspolitik in Auftrag gegeben

Deutschland, Portugal und Slowenien haben eine Sinus-Milieu Studie zur Akzeptanz von Gleichstellungspolitik in den drei Ländern in Auftrag gegeben. Ziel der Studie ist es, die in Europa bestehenden Geschlechterstereotypen ebenso wie die Einstellungen zur Gleichstellungspolitik bei Frauen und Männern in den Partnerländern zu untersuchen. Die Ergebnisse sollen voraussichtlich im Juli 2008 vorgestellt werden. Mehr unter <http://www.bmfsfj.de/bmfsfj/generator/Politikbereiche/gleichstellung.did=103242.html>

Beirat der Antidiskriminierungsstelle des Bundes wählt Dr. Barbara John zur Vorsitzenden

Auf seiner ersten, konstituierenden Sitzung hat der Beirat der Antidiskriminierungsstelle des Bundes die langjährige Ausländerbeauftragte des Berliner Senats, Dr. Barbara John, zu seiner Vorsitzenden gewählt. Der Beirat berät die Antidiskriminierungsstelle des Bundes und stellt den Dialog mit gesellschaftlichen Gruppen und Organisationen her, die sich den Schutz vor Benachteiligungen zum Ziel gesetzt haben. Ihm gehören insgesamt 16 Vertreterinnen und Vertreter gesellschaftlicher Gruppen und Organisationen sowie Expertinnen und Experten in Benachteiligungsfragen an, darunter auch Annelie Buntenbach, Mitglied im Geschäftsführenden Bundesvorstand des DGB. Kontakt unter

<http://www.bmfsfj.de/bmfsfj/generator/Kategorien/Ministerium/antidiskriminierungsstelle.html>

Faktoren für Familienfreundlichkeit

Das bewerten Beschäftigte für die Familienfreundlichkeit eines Betriebs eher...

positiv	negativ
<ul style="list-style-type: none">Rücksicht auf familiäre Belange bei der Planung der Arbeitszeit	<ul style="list-style-type: none">Arbeit auf AbrufArbeit zu unvorhergesehenen Zeiten
<ul style="list-style-type: none">TeilzeitarbeitGleitzeitTelearbeit	<ul style="list-style-type: none">WochenendarbeitZeitkontenmodelle zur betrieblichen Steuerung der Arbeitszeit
<ul style="list-style-type: none">verständnisvolle Kollegengutes Betriebsklima	<ul style="list-style-type: none">negative Reaktion von Kollegen auf Freistellungen

Quelle: Klenner, Schmidt 2007 | ©Hans-Böckler-Stiftung 2007

Eltern schätzen verlässliche Arbeitszeit

Planbare Arbeitszeiten und ein gutes Betriebsklima - das sind für Beschäftigte die wichtigsten Faktoren, um Beruf und Familie gut miteinander zu vereinbaren. Flexible Arbeitszeitmodelle dagegen haben weniger Einfluss als angenommen. Mehr unter

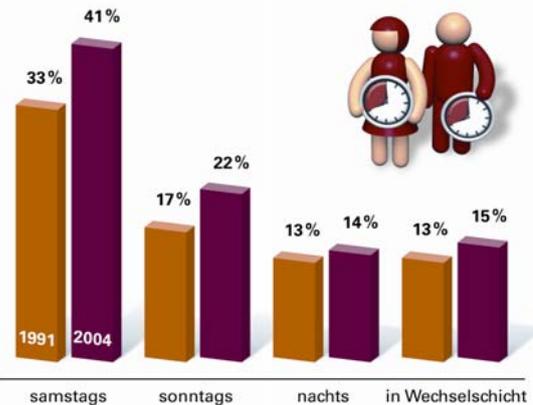
http://www.boeckler.de/cps/rde/xchg/hbs/hs.xsl/32014_89442.html

Kita von acht bis fünf passt nicht für alle

Die Betreuungsangebote für Kinder sollen ausgebaut werden. Doch mit mehr Plätzen allein ist es nicht getan: Eltern mit unregelmäßigen Arbeitszeiten benötigen auch flexible Angebote. Mehr unter http://www.boeckler.de/cps/rde/xchg/hbs/hs.xsl/32014_88541.html

Arbeiten, wenn andere frei haben

So viele abhängig Beschäftigte arbeiten...



Quelle: Seifert 2006 | ©Hans-Böckler-Stiftung 2007

Im Schutz des Sozialstaats floriert das Glück

Zufriedenheit ist keine Privatsache. Europäer fühlen sich dann besonders wohl, wenn gesellschaftliche Ungleichheit begrenzt ist und soziale Sicherung sie schützt. Mehr unter

http://www.boeckler.de/cps/rde/xchg/hbs/hs.xsl/32014_88957.html

GdP-Frauen vor Ort

GdP-Frauenseminar in Baden-Württemberg

Vom 22.10. – 24.10.07 trafen sich 15 GdP-Frauen aus Baden-Württemberg bei der Bereitschaftspolizei in Biberach zum Seminar „Frauen-Gesundheit am Arbeitsplatz“. In den drei Tagen ging es u. a. um Stressbewältigung und Brustkrebsfrüherkennung.



Neuer Vorstand der Landesfrauen- gruppe Bremen

Die Landesfrauengruppe Bremen hat einen neuen Vorstand gewählt. Vorsitzende ist Sigrid Holschen, ihre Vertretung übernimmt Ronda Jütting. Nicole Füllmich-Penshorn wurde Schriftführerin und Sabine Peters übernimmt die Kasse. Ihre nächste Landesfrauenkonferenz planen die Bremerinnen für den 4. März 2008.



Ronda Jütting, Siggi Holschen (hinten), Nicole Füllmich-Penshorn, Elisabeth Uzunoglu, Sabine Peters (vorne)

Aus der Bundesfrauengruppe

Svea Schadowski vertritt Frauengruppe (Bund) im Bundesfachausschuss Wasperschutzpolizei (WSP)

Seit 2005 arbeitet Svea Schadowski als Dienstgruppenleiterin auf der WSÜ-Station im Fährhafen Puttgarden auf Fehmarn. Die Station beschäftigt sich schwerpunktmäßig mit Hafensicherheit, Schwerlast- und Gefahrgutkontrolle sowie im Sommer mit den Gewässern rund um Fehmarn.

Nach ihrem Studium an der FH für Verwaltung in Altenholz bei Kiel hatte Svea Schadowski zunächst ihren Dienst beim Bezirksrevier in Ratzeburg verrichtet, bevor sie 2002 erfolgreich die Ausbildung an der WSP-Schule in Hamburg absolvierte und dann zur WSP Schleswig-Holstein Revier Heiligenhafen kam.



„Ein Grund für meine Motivation, mich am Fachausschuss WSP zu beteiligen, sind die häufig gestellten Fragen: Hast du überhaupt Ahnung von WSP-Arbeit? Warum gehörst du

diesem Gremium eigentlich an? Männer werden in der Regel mit solchen Fragen nicht konfrontiert. Jetzt bin ich selbstbewusst genug, diesen Menschen zu begegnen. Ich möchte nicht mehr Masse sein, sondern aktiv mitwirken. Daher freue ich mich auf die Aufgabe im Bundesfachausschuss WSP und auch die Rückkopplung mit den Kolleginnen.“, so Svea Schadowski

Treffen der AG Menschenhandel am 15./16. Oktober 2007 in Kassel

Diskutiert wurden zunächst die Konsequenzen aus der Novellierung des Ausländer- und Asylrechtes. Denn die von der GdP seit langem befürwortete Umsetzung der EU-Opferschutzrichtlinie ist sehr restriktiv ausgefallen. Diese Entwicklung wurde nicht nur aus humanitären Gründen kritisiert. Auch die erhofften Erleichterungen bei der Verfolgung von Straftaten im Bereich der Menschenhandels traten nicht ein, denn noch immer wird die Gewinnung von Opferzeuginnen durch den Mangel an medizinischer und psychologischer Unterstützung, deren Unterbringung in Sammelunterkünften, und eine restriktive Aufenthaltserteilung erschwert.

Nach Erkenntnissen der AG Menschenhandel wirken sich zudem die Veränderungen in den Opfergruppen (sehr jungen Deutsche, EU-Bürgerinnen aus Osteuropa) sowie der Wegfall von Restriktionen durch das Prostitutionsgesetz negativ auf die Strafverfolgung im Deliktsbereich „Menschenhandel“ aus, da Betroffene immer schwieriger zu identifizieren sind.

Daher muss nach Auffassung der AG Menschenhandel die Forderung nach



einer Erlaubnispflicht für Prostitutionstätigen stärker in den Vordergrund treten, um durch Kontrollmöglichkeiten die Gelegenheit zum Kontakt zu den betroffenen Frauen zu schaffen. Einen entsprechenden Vorschlag hat die AG dem Vorstand der Frauengruppe (Bund) unterbreitet – mit Erfolg: Das aktualisierte Positionspapier soll noch in diesem Jahr dem Geschäftsführenden Bundesvorstand vorgelegt werden.

Sitzung des Vorstandes der Frauengruppe (Bund) am 15./16. November in Berlin

Im Mittelpunkt des Treffens aller Frauenvorsitzenden aus Ländern und Bezirken der GdP standen die Planungen für das kommende Jahr: Auf ihrer Arbeitstagung im Januar wollen sich die Frauen intensiv mit sozialpolitischen Themen (u.a. Alterssicherung) befassen und ein Strategiepapier zur „Vereinbarkeit von Beruf & Familie“ diskutieren.



Im Sommer will der Geschäftsführende Vorstand der Frauengruppe (Bund) dann gemeinsam mit Vertretern der JUNGE GRUPPE tagen, um eine intensivere Zusammenarbeit anzuregen. Mitte November wird dann die Jubiläumsveranstaltung der Frauengruppe (Bund) (Arbeitstitel „25 Jahre Frauenarbeit in der GdP“) stattfinden. Nebenbei werden die AGs „Menschenhandel“ und „Vereinbarkeit von Beruf & Familie“ ihre Arbeit fortsetzen, die AG „Häusliche Gewalt“ unter neuer Leitung (Silvana Weber, TH) wieder aktiviert.

Vorstand der Frauengruppe (Bund) trifft: Kerstin Griese, Vorsitzende des Bundestagsausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend



Eine lange Liste von Themen hatte die Frauengruppe (Bund) mitgenommen zu ihrem Gespräch mit Kerstin Griese (SPD) – doch wie erwartet war die gute Stunde Mitte November viel zu kurz, um alles anzusprechen. Breiten Raum nahm die Diskussion um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ein – sowohl in Bezug auf die Betreuung von Kindern, als auch hinsichtlich der Pflege von Angehörigen. Auf die Frage nach der Praxistauglichkeit des Gewaltschutzgesetzes konnten die Kolleginnen Kerstin Griese überwiegend positive Rückmeldungen geben – auch wenn es in einigen Bereichen und Ländern noch Nachbesserungsbedarf gibt.

Zur Person

Brigitte Hummel (BP) in den Ruhestand verabschiedet



Am 14.09.2007 wurde Brigitte Hummel in Cuxhaven in den Ruhestand verabschiedet. Sie war Frau der ersten Stunde für die



GdP-Frauenarbeit im Bundesgrenzschutz - und viele Jahre Vorsitzende der Frauengruppe BGS sowie mehrere Jahre im Geschäftsführenden Vorstand der Frauengruppe (Bund) tätig.

Als Tarifbeschäftigte verstand sie es über Jahrzehnte, mit leisen, aber nachdruckvollen Worten, die Interessen aller Frauen im Bundesgrenzschutz zu vertreten. Das war nicht immer leicht, aber Brigitte ließ sich nie entmutigen und motivierte dabei die jungen Frauen, nicht aufzugeben und innerhalb der GdP Akzente zu setzen.

Brigitte Hummel hat in unserer Arbeit viele Spuren hinterlassen und wird uns fehlen. Felizitas Miklis (Vorsitzende der Frauengruppe Bundespolizei) und Erika Krause-Schöne (stv. GdP-Bundesfrauenvorsitzende) dankten Brigitte für die geleistete Arbeit mit einem „kleinen“ Präsent für den Garten.



Inge Bell erhält den Preis „Frau Europas“

Am 30.10.07 erhielt die Journalistin Inge Bell durch das Netzwerk Europäische Bewegung

der Preis „Frau Europas“ verliehen. Inge Bell wird für ihren Kampf gegen Menschenhandel und Zwangsprostitution sowie ihren Einsatz für wehrlose Frauen und Mädchen auf dem Balkan ausgezeichnet.

Der Preis zeichnet ehrenamtlich engagierte Frauen aus, die mit Projekten, Initiativen und politischem Wirken – manchmal im Kleinen – einen großen Beitrag zur Europäischen Einigung geleistet haben.

Mehr über den Preis und seine Trägerin unter

<http://www.europaeische-bewegung.de/index.php?id=2909>

ZITAT

„Die berufstätigen Mütter haben nie genug Zeit zu schlafen oder sich zu pflegen, man sieht es ihnen an“.

Christa Müller, familienpolitische Sprecherin der Linkspartei im Saarland und Ehefrau von Oskar Lafontaine



Literaturtipp

„Ach Glück“

Monika Maron

Gebundene Ausgabe,

224 Seiten, 18,90 Euro

Roman, S. Fischer Verlag
2007

Die Protagonistin Johanna ist eine Frau, die im Aufbruch begriffen ist und sich insgeheim nach einem Neuanfang sehnt. Alles beginnt mit einem Hund, den sie eines Tages angebunden am Autobahnrand findet. Sie nimmt ihn mit und spürt, dass der Hund sie liebt. Schließlich folgt sie dem Lockruf der alten russischen Aristokratin Natalie Timofejewna nach Südamerika.

Mehr über Monika Maron unter

http://de.wikipedia.org/wiki/Monika_Maron

Termine/Veranstaltungen

22.01. - 25.01.2008

Arbeitstagung der Frauengruppe (Bund)

19./20.11.2008

Jubiläumstagung „25 Jahre GdP-Frauenarbeit“

Impressum

Herausgeberin:

Frauengruppe (Bund) der
Gewerkschaft der Polizei
Stromstr. 4
10555 Berlin

Text:

Dagmar Hölzl

Grafische Gestaltung & Layout:

Abt. IX, Beate Döring

Der Newsletter des GdP-Bundesfrauenvorstandes erscheint viermal jährlich in digitaler Form im PDF-Format.

Der Bezug ist kostenlos.

Bestellungen bitte unter:

<mailto:anja.weusthoff@gdp-online.de>